

Bereich Forschung und Beratung
- Gesellschafts- und Innenpolitik -
Abt. Empirische Politikforschung

ANALYSEN UND POSITIONEN

Die PDS 10 Jahre nach dem Fall der Mauer

Viola Neu

St. Augustin, Oktober 1999

Die Wähler der PDS

Die PDS ist in den neuen Ländern zu einem unübersehbaren Machtfaktor geworden. Sie hat seit 1990 ihr Wählerpotential konstant erweitert und ihren Platz im politischen System der Bundesrepublik nicht nur behauptet sondern auch ausgebaut. Sie ist 1998 bei der Bundestagswahl zum ersten Mal bundesweit über die Fünf-Prozent-Hürde gekommen und wurde Koalitionspartner in einer Landesregierung. Auch das Wahljahr 1999 bestätigte auf der Wählerebene den beständigen sanften Aufstieg der PDS. Sie konnte bei allen Wahlen leichte Gewinne verzeichnen und zog zum ersten mal mit 5,8 Prozent in das Europäische Parlament ein. In Sachsen und in Thüringen liegt sie in der Wählergunst vor der SPD. In Ostberlin ist sie mit großem Abstand die stärkste politische Kraft.

	CDU/ CSU	Diff.	SPD	Diff.	Grüne	Diff.	FDP	Diff.	PDS	Diff.
BTW 98	35,1	-6,3	40,9	+4,5	6,7	-0,6	6,2	-0,7	5,1	+0,7
Hessen 99	43,4	+4,2	39,4	+1,4	7,2	-4,0	5,1	-2,3	-	-
Bremen 99	37,1	+4,5	42,6	+9,2	8,9	-4,2	2,5	-0,9	2,9	+0,5
Europawahl 99	48,7	+9,9	30,7	-1,5	6,4	-3,7	3,0	-1,1	5,8	+1,1
Saarland 99	45,5	+6,9	44,4	-5,0	3,2	-2,3	2,6	+0,5	0,8	+0,8
Brandenburg 99	26,5	+7,8	39,3	-14,8	1,9	-1,0	1,9	-0,3	23,3	+4,6
Thüringen 99	51,0	+8,4	18,5	-11,1	1,9	-2,6	1,1	-2,1	21,3	+4,7
Sachsen 99	56,9	-1,2	10,7	-5,9	2,6	-1,5	1,1	-0,6	22,2	+5,7
Berlin 99	40,8	+3,4	22,4	-1,2	9,9	-3,3	2,2	-0,3	17,7	+3,1

Die PDS hat seit der Bundestagswahl 1990, bei der sie mit 11,1 Prozent das schlechteste Ergebnis im Osten überhaupt erzielte, ihr Wählerpotential etwa verdoppelt. Das 1990er Ergebnis markiert etwa die Größenverhältnisse von Protest- und Ideologiewählern. 1990 dürfte die PDS ihr ideologisches Stammwählerpotential fast gänzlich ausgeschöpft haben. Neu hinzugekommen sind Wähler, die aus Sozialprotest und anti-westlichen Ressentiments zur PDS gingen. Diese Wähler sind für andere Parteien nach wie vor mobilisierbar.

Durch das Anwachsen des Wählerpotentials haben sich auch die PDS-typischen Merkmale der Wählerschaft im Zeitverlauf nivelliert. Sie ist zwar noch immer die Partei der alten Eliten, konnte aber ihre Defizite in anderen Berufsgruppen (wie der Arbeiterschaft) abbauen. Interes-

sant ist, daß die PDS bei Erst- und Jungwählern an Attraktivität eingebüßt hat. Dies ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß vor allem von jungen Männern die rechtsextremen Parteien als Protestwahlalternative genutzt werden.

Seit die Wählerschaft der PDS anwächst, gewinnt sie auch Wähler anderer Parteien. Die CDU und die PDS sind auf dem Wählermarkt Konkurrenten. Nach der Infratest- Wählerwanderungsanalyse gewann die CDU bei der Landtagswahl in Sachsen im Saldo etwa so viele Wähler von der SPD wie sie an die PDS abgab (über 20.000). Auch bei der Bundestagswahl 1998 verlor die CDU im Vergleich zur Bundestagswahl 1994 in den neuen Ländern im Saldo ca. 130.000 Wähler an die PDS. Die SPD gab 50.000 und die Grünen 30.000 Wähler ab. Somit gewann die PDS bei der Bundestagswahl am stärksten Wähler von der CDU. Bei der Landtagswahl in Brandenburg entschieden sich im Saldo 41.000 ehemalige SPD Wähler für die PDS, in Thüringen waren es 35.000 Ex-SPD-Wähler, in Berlin gewann sie etwa gleich stark von SPD und Grünen (je über 13.000); Die PDS kann zudem generell von Zugewinnen aus dem Nichtwählerlager profitieren, was ein Hinweis auf ihre Attraktivität für Protestwähler ist.

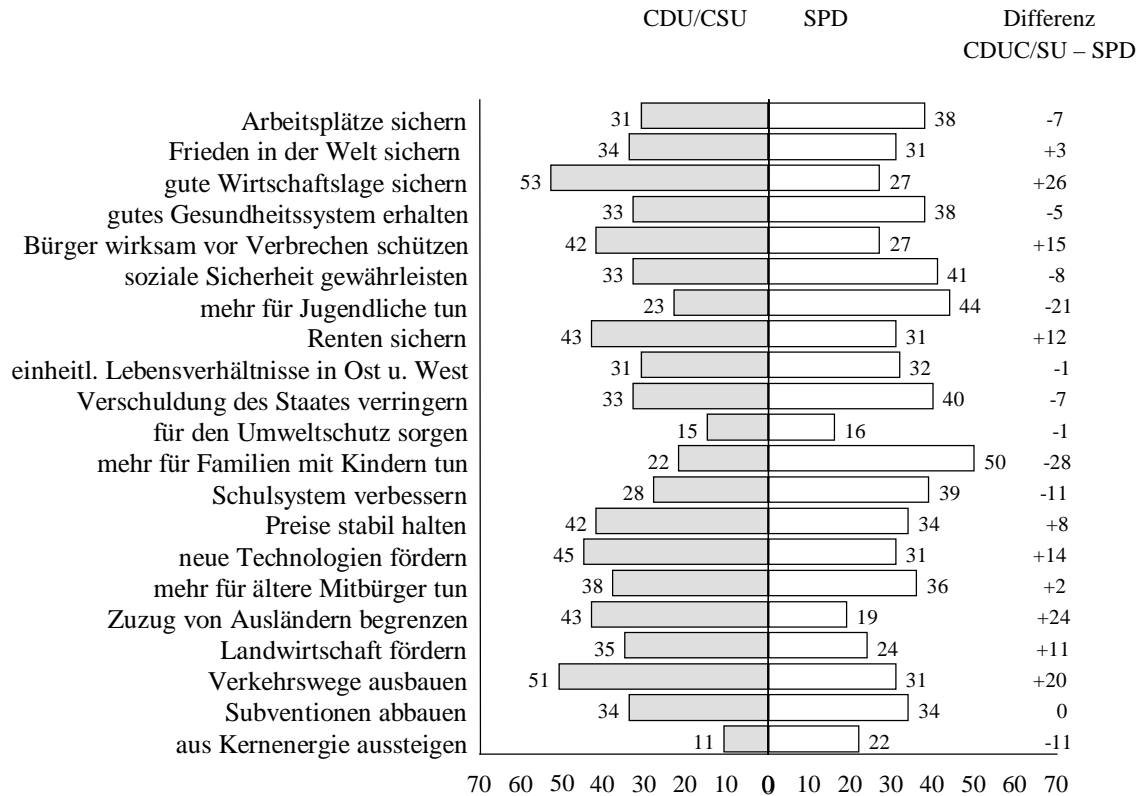
Die CDU und PDS in den neuen Ländern

Die CDU und PDS besetzen gegensätzliche politische Pole. Daher weist das Parteiensystem in den neuen Ländern eine Tendenz zur Bipolarität auf. FDP und Bündnis 90/Die Grünen sind in die politische Bedeutungslosigkeit gefallen, die SPD hat ihren Anspruch, die linke Volkspartei im Osten zu sein, nicht umsetzen können. In der Konkurrenz mit der PDS verliert die SPD die Zustimmung der Wähler; profitieren können hiervon - aus unterschiedlichen Gründen - CDU und PDS.

Die PDS wird nach wie vor nicht als Partei wahrgenommen, die Probleme lösen kann. Die größte Problemlösungskompetenz hat in fast allen Bereichen die CDU. Unabhängig von den Wahlergebnissen, wird der SPD in den neuen Ländern eine wesentliche größere Problemlösungskompetenz als der PDS zugetraut.

Problemlösungskompetenzen von CDU und SPD in Ostdeutschland

Wenn es um die Probleme unserer Zeit geht, kann man unterschiedliches Vertrauen in die Fähigkeiten der Parteien haben, diese Probleme zu lösen. Ich lese Ihnen die Aufgaben nun noch einmal vor und möchte von Ihnen jetzt zu jeder Aufgabe wissen, welcher Partei Sie am ehesten die Lösung zutrauen würden.



Reihenfolge sortiert nach der Wichtigkeit der Themen

Angaben in Prozent

Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, Juli 1999

Dennoch hat die PDS ihr Kompetenzprofil zu Lasten der SPD ausbauen können. Sie hat es verstanden, die von der SPD frei gewordene Lücke der sozialen Gerechtigkeit für sich zu nutzen. Seit das Vertrauen der Wähler in die Problemlösungskompetenz der SPD in dem Bereich soziale Gerechtigkeit sinkt, gewinnt die PDS in diesem Thema Vertrauen. Die PDS stand seit 1990 nur für ein Thema, die Ostinteressenvertretung. Bei allen anderen Themen wurden der PDS keine Kompetenzen zugesprochen. Erst 1999 zeichnet sich ab, daß die PDS neben der Ost-West-Fragestellung auch in einem zweiten Feld, der sozialen Gerechtigkeit, punkten kann.

Problemlösungskompetenzen der PDS in Ostdeutschland im Zeitvergleich									
	1990	1991	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Mehr für Jugendliche tun	*	*	*	*	*	*	*	*	22
Einheit. Lebensverhältnisse in Ost und West	*	*	*	25	17	17	16	35	21
Soziale Sicherheit gewährleisten	12	7	18	18	*	*	16	29	20
Mehr für Familien mit Kindern tun	14	12	18	25	25	22	20	33	20
Mehr für ältere Mitbürger tun	*	*	*	*	*	*	*	*	17
Schulsystem verbessern	*	*	*	*	*	*	*	*	17
Frieden in der Welt sichern	15	*	18	16	*	*	9	20	15
Renten sichern	9	5	12	12	6	11	9	15	14
Gutes Gesundheitssystem erhalten	*	*	*	*	*	*	*	*	14
Arbeitsplätze sichern	10	4	11	14	11	11	8	18	13
Bürger wirksam vor Verbrechen schützen	7	2	10	10	7	9	8	12	10

Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, Kumulierter Datenfile

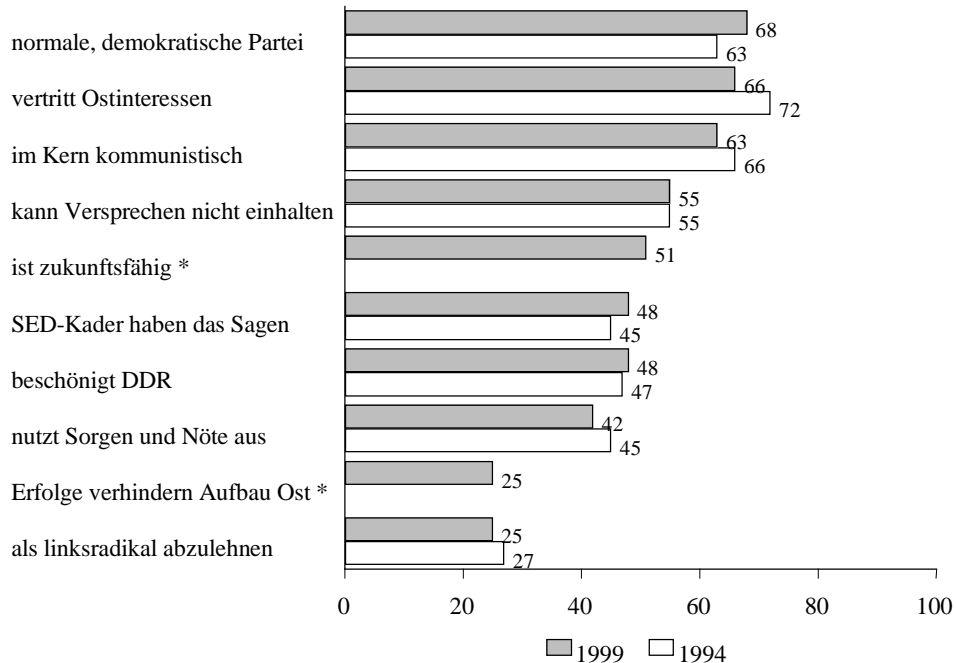
Welches Image hat die PDS?

Neben der tatsächlichen Vergangenheitsbewältigung in der Partei spielt die Wahrnehmung bei den Wählern eine entscheidende Rolle. Die PDS wird von einer absoluten Mehrheit der Ostdeutschen als eine normale demokratische Partei wahrgenommen, die die Interessen der Ostdeutschen vertritt, auch wenn sie kommunistisch ist. Sie wird gleichermaßen als demokratisch und kommunistisch wahrgenommen. Dies zeigt, daß in den Köpfen der Menschen in den neuen Ländern Demokratie und Kommunismus nicht als fundamentaler Widerspruch angesehen wird, bzw. daß die Konzeption freiheitlicher demokratischer Verfassungsstaaten mit dem Kommunismus für vereinbar gehalten wird. Hier spielen sicher langfristig erworbene Vorstellungen und die Effekte der Sozialisation eine Rolle. Denn auch wenn der diktatorische Sozialismus abgelehnt wird, sind sozialistische Ideen und Wertvorstellungen nicht gleichermaßen diskreditiert.

Meinungen zur PDS

Nun lese ich Ihnen Meinungen und Ansichten vor, die über die PDS geäußert werden. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie dieser Meinung über die PDS eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

Prozentanteile "Stimme eher zu"



* =1994 keine Vergleichswerte vorhanden

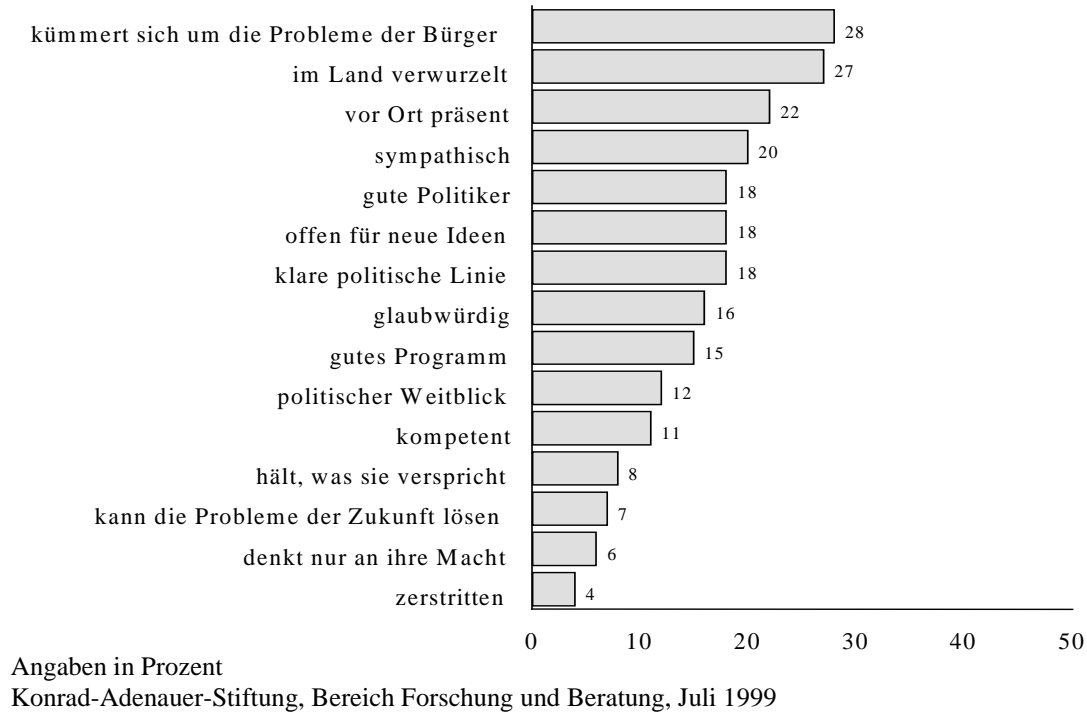
Konrad-Adenauer-Stiftung, Bereich Forschung und Beratung, Archiv-Nr. 9401X0 (November 1994); 9904Xr (Juli 1999).

Erstaunlich ist, daß sich das PDS-Image seit 1994 nicht gewandelt hat. Die zentralen Urteile über die PDS, demokratisch, Ostinteressenvertretung und kommunistisch, wurden schon 1994 getroffen. Auch die Konstanz in den anderen Imagekomponenten ist erstaunlich. Die PDS wird zwar überwiegend kritisch beurteilt, der bundesrepublikanische Verfassungskonsens, die PDS als linksradikale Partei letztlich genauso abzulehnen wie rechtsradikale Parteien, trifft jedoch schon seit langem nicht mehr den Nerv der Bürger in den neuen Ländern. Die PDS wird trotz ihrer Defizite und ihres negativen Images gewählt, da sie ein Teil des Gewohnten ist und als solcher akzeptiert wird.

Auch die Eigenschaftsprofile verdeutlichen, daß die PDS als Partei wahrgenommen wird, die nah an den Menschen ist, jedoch kein eigenes sachpolitisches Profil hat. Vor allem das „Kümmererimage“ ist fest verankert. Inhaltliche Gesichtspunkte - und hier in erster Linie die Zukunftskompetenz - sind im Eigenschaftsprofil der PDS nur schwach ausgeprägt.

Eigenschaftsprofil der PDS in Ostdeutschland

Ich nenne Ihnen jetzt einige Eigenschaften von politischen Parteien. Bitte sagen Sie mir für jede Eigenschaft, auf welche Partei diese Eigenschaft am ehesten zutrifft.



In den neuen Ländern werden die Vereinigung und die neuen Freiheitsrechte einhellig positiv bewertet. Damit sind jedoch nicht gleichzeitig die Lebensentwürfe in der DDR entwertet. Die PDS hat es verstanden, obwohl sie fast ausschließlich die Klientel der DDR-Privilegierten vertritt, deren Interessen als ostdeutsche darzustellen. Dadurch kann die PDS durch das Schüren von anti-westlichen Ressentiments Wähler für sich gewinnen.

Die CDU konkurriert mit der PDS um eine gegensätzliche gesellschaftliche Konzeption. Die Versuche der PDS, Gemeinsamkeiten zwischen CDU und PDS in den Vordergrund zu stellen, sind daher leicht als taktische Manöver zu entlarven. Unterschiedlichere Positionen wie zwischen CDU und PDS sind im bundesrepublikanischen Parteiensystem nicht vorstellbar. Die PDS steht nach wie vor für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Ihr schwebt ein paternalistischer starker Staat vor, der alle Bereiche des Lebens zugunsten eines (von der PDS) definierten „Gemeinwohls“ regelt. Der Staat wird wieder zu einer gigantischen Umverteilungsmaschinerie, der Individualität und Eigeninitiative verhindert.

Verkürzt man die Wahlmotive, wird die PDS aus einer Mischung von „Wir-Gefühl“ und Protest heraus gewählt; die CDU, weil sie die zukunftsfähigen (sach)politischen Konzepte anbietet. Daraus ergibt sich auch, daß eine pauschale Ablehnung der PDS nicht trägt und eine

inhaltliche Auseinandersetzung um die besten Lösungsansätze in der politischen Realität notwendig ist.

Die Fesseln der Vergangenheit

Ohne Zweifel ist die PDS eine Partei mit vielen Realitäten und Gesichtern. Die Wahlerfolge und die Einstellungen der Mitglieder verhindern jedoch nach wie vor eine Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Wahlerfolge, weil sie die PDS zu einer verstärkten tagespolitischen Einbindung zwingen. Gerade das Wahljahr 1999 war stark von Tagespolitik geprägt. Obwohl die PDS dabei ist, eine neue Programmatik zu erarbeiten, herrschte innerparteilicher Konsens, daß die Wahlergebnisse nicht gefährdet werden dürfen. Selbst die Kommunistische Plattform war bereit, zum Burgfrieden beizutragen. Substantielle ideologische und systemfeindliche Äußerungen wurden zurückgestellt. Die PDS äußerte sich stärker inhaltlich als ideologisch. Sie erkannte, daß ihr systemfeindliche Äußerungen schaden. Daher hat sie aus strategischen Gründen davon abgesehen, Begriffe zu verwenden, die in der öffentlichen Debatte negativ gegen die PDS verwendet werden können. Hierzu zählt u.a. Helmut Holters (Minister in Mecklenburg Vorpommern) Aussage, daß die PDS auch in der Regierung Systemopposition betreiben wolle.

Ein Wandel hin zu einer Demokratisierung ist nicht zu erkennen. Der vermeintliche Wandel ist eher taktischer Natur, als daß sich die Politikkonzepte der PDS tatsächlich verändert hätten. Der PDS Führung – vor allem André Brie - war klar, daß die PDS nicht nur von ihrem bisher erfolgreichen Politikmix aus Ideologie, Protest und Nostalgie leben kann. Die PDS erkannte, daß sie auf Dauer auch über Themen wahrgenommen werden muß, will sie ihr Überleben sichern. Daher setzte die PDS auf das Thema soziale Gerechtigkeit, was sich in der Wahrnehmung ihrer Problemlösungskompetenz positiv auswirkte. Zudem erkannte die PDS, daß spätestens mit der Beteiligung an der Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern die Zeit der Ausgrenzung vorbei sei und sie jetzt auch stärker um inhaltliche Wahrnehmung kämpfen müsse.

Die PDS wird so noch lange an der Last ihrer Vergangenheit tragen. Ein Wandel der PDS hin zu einer normalen demokratischen Partei läßt auch das Gros der Mitgliedschaft nicht zu. Sie verhindert die Vergangenheitsbewältigung in der PDS. Sie steht für eine andere Gesellschaftskonzeption, die nicht von allen Teilen der Partei, aber vor allem nicht von der Mehrheit der Wähler getragen wird. Die individuellen Biographien der Mitglieder sind mit der SED-Diktatur so verstrickt, daß eine Aufarbeitung der Vergangenheit recht unwahrscheinlich wird. Daß aus allen Böcken über Nacht Gärtner werden ist nicht zu erwarten. So lobte auch Lothar

Bisky anlässlich des 50. Jahrestages der DDR-Gründung im „Tränenpalast“ in Berlin am 7.10.1999 erneut die sozialistischen Vorzüge der DDR und kritisierte die Vergangenheitsaufarbeitung, da die „westlichen“ Vorgaben die „bewußte Aneignung der Geschichte der DDR“ erschweren.

Der Anteil der SED-Mitglieder an der PDS-Mitgliedschaft sinkt zwar, jedoch nicht dadurch, daß die PDS neue Mitglieder für sich gewinnen kann, sondern weil die „alten“ SED-Mitglieder sterben und sich dadurch die alt-neu-Mitglieder-Relation zwangsläufig proportional wandelt. Derzeit dürfte der Anteil ehemaliger SED-Mitglieder bei ca. 90 Prozent liegen. Von den ca. 2,3 Millionen SED-Mitgliedern 1990 sind der PDS 1999 knapp 100.000 Mitglieder geblieben; im Westen sind es ca. 3.000 Mitglieder. Doch nicht nur die Ost-West-Kluft und die Herkunft der Mitgliedschaft bereiten der PDS Probleme. Auch die Altersstruktur ist ungünstig. 67 Prozent der Mitglieder sind über 60 Jahre; nur 9 Prozent sind unter 40 Jahre. Die Überalterung der Mitgliedschaft gilt vor allem für die neuen Länder. In den alten Ländern ist die Mitgliedschaft wesentlich jünger.